



Ku-Klux-Klan-Zeremonie in Brandenburg*: „Anstecken die Kohle, verbrennt das Schwein“

RECHTSEXTREMISTEN

„Führer der Meute“

Ein wegen Mordversuchs an einem Asylbewerber verurteilter Neonazi diente dem brandenburgischen Verfassungsschutz jahrelang als V-Mann – mit dem Segen des Innenministers.

Es war das erste Mal, dass Steve Erenhi das Asylbewerberheim in Wendisch-Rietz verließ. Erst zwei Tage zuvor war der Lehrer aus Nigeria in das kleine brandenburgische Kaff verlegt worden. Sein Ziel war „Ollis Disko“. Erenhi wollte tanzen.

Es war schon nach Mitternacht, als aus drei Wagen vor der Diskothek 18 johlende Jugendliche stiegen – viele davon kahlköpfig, Skinheads aus der Umgebung.

Nach wenigen Minuten hatte das Kommando den Schwarzen auf der Tanzfläche umzingelt. „Sieg Heil“, dröhnte es durch den düsteren Tanzschuppen, „Ausländer raus“, „Heil Hitler“ und immer wieder „Ku-Klux-Klan“.

Als Steve Erenhi auf die Toilette flüchten will, setzen ihm die Glatzen nach. In der Hoffnung, entwischen zu können, lässt er sich darauf ein, mit der Gruppe nach draußen zu gehen. Kurze Zeit später treffen ihn wuchtige Schläge. Laut um Hilfe rufend, klammert sich der Mann an das Eisengitter im Vorraum. Vergebens. Gäste,

die ihm helfen wollen, werden von den Skins abgedrängt, den Türsteher hält einer mit seiner Pistole in Schach.

Der Asylbewerber liegt längst bewusstlos am Boden. „Anstecken die Kohle“, schreit jemand aus der Meute, „verbrennt das Schwein.“ Doch Benzin fehlt. Wie ein Stück Vieh schleifen die Skins ihr Opfer nun zum nahe gelegenen Scharmützelsee, stoßen ihn hinein. Nur noch die Unterschenkel des Opfers ragen aus dem Wasser.

Dass Steve Erenhi diesen 9. Mai 1992 überlebt, verdankt er dem Türsteher, der ihn in „buchstäblich letzter Sekunde“, wie es später im Urteil des Landgerichts Frankfurt (Oder) heißt, aus dem Wasser zieht.

Das Kommando wurde von einem der schlimmsten brandenburgischen Neonazis angeführt: Der gebürtige West-Berliner stammt aus der Clique der mittlerweile verbotenen Nationalistischen Front. Nach der Wende ging der einschlägig Vorbestrafte in den Osten.

Im Februar 1995 verurteilte ihn das Landgericht Frankfurt (Oder) wegen „versuchten Mordes“ zu acht Jahren Haft. Der Angeklagte habe seine Kumpane in einen regelrechten „Tötungsrausch“ getrieben. Der zur Tatzeit 21-Jährige habe eine „tiefverfestigte rechtsradikale, neofaschistische, gewaltverherrlichende und menschenverachtende Gesinnung“. Er sei der „Führer der Meute“ gewesen.

Das Verdikt hielt den Brandenburger Verfassungsschutz nicht davon ab, den Schwerekriminellem anzuheuern. Bereits in der Untersuchungshaft hatte sich der Neonazi den Staatsschützern als Spitzel angeeignet und war gern genommen worden. Seitdem berichtet Quelle „Piato“ den Auftraggebern fast wöchentlich aus der rechten Szene.

Schon bald nach seiner Verurteilung wurde „Piato“, ungewöhnlich bei der Schwere der Tat, Freigänger und tummelte sich wie früher in der rechten Szene. Tagsüber klärte er die Pläne der Kameraden auf, abends erschien er wieder pünktlich im Gefängnis.

Bis zu tausend Mark kassierte „Piato“ jeden Monat aus der Staatskasse für seine Spitzeldienste, zuzüglich der Kosten für ein Diensthandy. Er informierte seine Auftraggeber über die intensiven Kontakte zwischen berüchtigten Brandenburger „freien Kameradschaften“ und schwedischen Nazis ebenso wie über geplante Skinhead-Konzerte oder mögliche Verbindungen zwischen rechten

Prügelkommandos und der NPD. Selbst zu Nazi-Treffs in Bayern schwärmte der Spitzel schon als Freigänger aus. Gegenüber dem SPIEGEL wollte sich „Piato“ zu seinem Job im Staatsdienst nicht äußern.

Dass Verfassungsschützer bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter bisweilen nicht sonderlich wählerisch sind, ist nicht neu. Erst 1999 flogen ehemalige Stasi-Spitzel des Berliner Landesamtes auf, und noch immer ist der thüringische Verfassungsschutzchef Helmut Roewer

vom Dienst suspendiert, weil seine Behörde den verurteilten Neonazi Thomas Dienel als Quelle verpflichtete.

Wer im trüben Milieu ermitteln wolle, müsse sich auch der Hilfe dubioser Figuren



Innenminister Ziel*
Skrupel im Amt

* Oben: im Wald bei Königs Wusterhausen im September 1991; unten: mit Ministerpräsident Manfred Stolpe (r.) bei der Mahnwache für einen ermordeten Asylbewerber im Februar 1999 in Guben.

bedienen, rechtfertigen Staatsschützer solche Aktionen. Doch, dass ein so unberechenbarer Schläger in den Staatsdienst genommen wird, der seinem Opfer noch 50 000 Mark Schmerzensgeld schuldet, ist wohl einmalig.

Auch den Brandenburgern schien ihr neuer Mann so heikel, dass sie sich die Anwerbung vom damaligen Innenminister Alwin Ziel (SPD) absegnen ließen. Der war ebenfalls nicht ohne Skrupel. Jeder Kontakt mit einem V-Mann, sagt Ziel, heute Sozialminister, sei immer das Ergebnis einer Güterabwägung. „Im Ergebnis kann auch die Zusammenarbeit mit einer Person angezeigt sein, die wegen eines versuchten Tötungsdeliktes abgeurteilt ist.“ Die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtags wurde eingeweiht – „kontinuierlich und umfassend“, wie der heutige Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) beteuert.

„Piato“ träumte Anfang der neunziger Jahre von einer mächtigen Ku-Klux-Klan-Bruderschaft in Ostdeutschland. Als Steve Ehrenhi nur knapp dem Tod entging, ermit-

Daraus macht der Kampfhundbesitzer mit tätowiertem Kelten-Kreuz auf dem rechten Oberarm auch gar keinen Hehl. Ganz offiziell firmiert der 29-Jährige als Herausgeber eines Skin-Blattes, stolz nennt er sich „Ortsvorsitzender“ der NPD in Königs Wusterhausen mit engem Draht zum NPD-Landeschef. Im März dieses Jahres führte er einen Trupp „Kameraden“ in die dortige PDS-Kreisgeschäftsstelle. Nur mit Mühe gelang es den PDS-Leuten, die sechs Neonazis wieder rauszuschmeißen. Später erschien er an einem Info-Stand der PDS und stellte sich als NPD-Führer vor. Die letzte Großdemonstration der Neonazis in Königs Wusterhausen am 17. Juni hat er maßgeblich vorbereitet.

Doch „Piato“ ist möglicherweise nicht nur ein Problem der Brandenburger. Denn Indizien sprechen dafür, dass der Neonazi schon vor seiner Verpflichtung durch das Brandenburgische Amt mit anderen Sicherheitsbehörden gekungelt hat.

Bei den Vernehmungen durch Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) zur Ku-Klux-Klan-Feier Anfang der neunziger

zu halten.“ Sogar „neues Material“ wollte er beschaffen.

Tatsächlich wurde der Rechtsextremist wegen der Rohrbomben und der Sprengstoffsubstanzen nie verurteilt. Der Generalbundesanwalt dementiert jeden Kuhhandel: Das Ku-Klux-Klan-Verfahren habe man einstellen müssen, weil es für eine Anklage eben nicht gereicht habe. Das Verfahren wegen des „Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz“ wurde an die Berliner Justiz abgegeben – und verlief im Sande.

Noch etwas spricht dafür, dass der Neonazi den Bund mit Informationen belieferte. 1993 hatten Unbekannte bei Zeesen in Brandenburg aus einem Auto heraus einem Holländer den Oberarm durchschossen. Die Ermittler tappten zunächst im Dunkeln, bis plötzlich das Bundesamt für Verfassungsschutz die Täter präsentierte. Einer von denen war ein Rechtsradikaler aus Königs Wusterhausen, mit dem „Piato“ zusammengewohnt hatte.

Mindestens einmal hat auch die brandenburgische Justiz direkt mit dem Neonazi gedealt – da war er schon als V-Mann verpflichtet. Er sollte helfen, einen der spektakulärsten Prozesse im Brandenburgischen vor dem Scheitern zu bewahren. 1992 war in Dolgenbrodt ein Asylbewerberheim angesteckt worden. Dörfler hatten gesammelt, um die Täter zu entlohnen. Ein erster Prozess gegen den mutmaßlichen Brandstifter endete mit Freispruch. Der Bundesgerichtshof verlangte eine neue Verhandlung.

Gleich zweimal erschien eine Staatsanwältin im September 1995 bei „Piato“ in der Haftanstalt. Der Häftling belastete einen früheren Kumpanen: Der habe sich ihm gegenüber mit der Tat gebrüstet.

Später trat der V-Mann auch in dem neuen Prozess auf. Sein früherer Kumpan wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.

Doch „Piatos“ Aussage nutzten die Richter nicht. Wie sie zu Stände kam, war ihnen nicht ganz geheuer. Eine Staatsanwältin hatte einräumen müssen, dass dem Skin-Aktivisten für sein „Ausageverhalten“ eine bereits verhängte einjährige Freiheitsstrafe erlassen worden sei. Die hatte er für die Organisation eines als Geburtstagsfete getarnten Skinhead-Konzerts im Brandenburgischen erhalten.

Ihr sei signalisiert worden, sagte die Ermittlerin aus, dass weder das Justizministerium noch die Generalstaatsanwaltschaft Einwände gegen die Einstellung des Verfahrens hätten.

Hatte hier auch der Verfassungsschutz nachgeholfen? Vergangene Woche wurde „Piato“ – wie es im Fachjargon heißt – abgeschaltet. ◆



C. ROHALL / BDP

NPD-Demonstration in Königs Wusterhausen: „Menschenverachtende Gesinnung“

telte die Bundesanwaltschaft bereits gegen den Schläger wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Medienwirksam hatte er im September 1991 gemeinsam mit der amerikanischen Ku-Klux-Klan-Größe Dennis Mahon in einer nächtlichen Zeremonie auf einer Waldlichtung nahe Königs Wusterhausen ein Kreuz abgefackelt – von jeher Symbol der Rassenfanatiker. Eigens war ein Fernsteam geladen, um den Spuk zu filmen.

Bis heute gilt der nach fünfeinhalb Jahren im Dezember vergangenen Jahres aus der Haft Entlassene als einer der gefährlichsten Neonazis in Ostdeutschland. Der Rechtsextremismus-Experte Bernd Wagner sieht in ihm eine „entscheidende Figur“ der extrem gewaltbereiten Skinhead-Gruppen mit Einfluss weit über Brandenburg hinaus.

Jahre in Königs Wusterhausen packte er über Hintermänner in den USA und Sympathisanten in Deutschland aus. Als ein Ermittler ihm daraufhin in Aussicht stellte, bei weiterer Kooperation mit einer „Dienststelle“ könne das Verfahren nach Paragraf 153 e der Strafprozessordnung wegen „tätiger Reue“ eingestellt werden, löste das endgültig seine Zunge.

Vor allem, was es mit vier Rohrbombenkörpern und den für Sprengsätze geeigneten chemischen Substanzen auf sich habe, die das BKA in einer von ihm angemieteten Berliner Wohnung gefunden hatte, wollten die Ermittler wissen. Der Mann bot laut Vernehmungsprotokoll prompt an, ein paar Erkundigungen einzuziehen: „Ich werde mich in der nächsten Zeit auf den Weg machen, um in der Skin-Szene nach dem Anbieter der Chemikalien Ausschau